

„Projekt Gemeinschaftsschule“ wird vom Gemeinderat mitgetragen

Der Aufbau einer Gemeinschaftsschule (GMS) für das Mittlere und Oberes Zabergäu wird vom Güglinger Gemeinderat mitgetragen. Einstimmig haben sich die Bürgervertreter in ihrer Sitzung am 11. März dafür ausgesprochen, die Katharina-Kepler-Schule (KKS) in zwei Etappen zu dieser Bildungseinrichtung umzuformen. Als „Vorstufe“ soll die bisherige Grund- und Werkrealschule ab dem Schuljahr 2015/2016 im Ganztagesbetrieb und zu Beginn des Schuljahres 2016/2017 als Gemeinschaftsschule geführt werden.

Die Vorgehensweise ist kein Alleingang der KKS. In enger Abstimmung mit der Realschule, mit den Bürgermeistern von Güglingen, Pfaffenhofen und Zaberfeld und nicht zuletzt mit dem Staatlichen Schulamt Heilbronn will man in Güglingen ein wohnortnahes Bildungsangebot installieren.



Erklärtes Ziel ist, den Schülern des Mittleren und Oberen Zabergäus die Wahlmöglichkeit zu geben, ihren Bildungsweg entweder auf den Hauptschul- oder den Realschul-Abschluss auszurichten. Die weitere Entwicklung sieht in einigen Jahren vor, durch die Einführung einer gymnasialen Oberstufe auch das Abitur am Schulstandort Güglingen als Abschluss anbieten zu können.

In der Ratssitzung am 11. März machte KKS-Rektorin Dr. Annegret Doll deutlich, dass sich die Schulleitung in der Gesamtlehrerkonferenz am 3. Februar 2014 nach eingehender Information und Diskussion mit 27 Ja- und 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen deutlich für diese Weiterentwicklung ausgesprochen hat.

Eindeutig sei festzustellen, dass die Akzeptanz der Werkrealschule in dem Maße abnimmt, wie der Ruf nach einer Gemeinschaftsschule steigt. „Eltern erwarten ein möglichst breites und wohnortnahes Bildungsangebot, das ihrem Kind den höchstmöglichen Abschluss ermöglicht“, beleuchtete die Schulleiterin das Anforderungsprofil in einer vielfältiger gewordenen Gesellschaft.

Weil im Zabergäu das gymnasiale Angebot G 9 (Ablegen der Abiturprüfung nach 9 Jahren) fehlt und gleichzeitig 20 bis 25 Prozent der Schüler, die eine Realschule oder ein Gymnasium besuchen, aus unterschiedlichen Gründen überfordert sind, bräuchte man die GMS.

„Die Bildungsplanreform 2015 wird dazu führen, dass eine Profilierung der einzelnen Schultypen schwieriger wird“. Die Fächer zwischen Werkrealschule, Realschule und Gemeinschaftsschule würden sich nur in den Stundenzuweisungen zugunsten der GMS unterscheiden. Auch im Blick der besseren Lehrerversorgung redete sie der GMS das Wort und ergänzte bei der angestrebten Zielsetzung detailliert, dass dies nicht der einzige Vorteil sein wird.

Gemeinsames längeres Lernen, optimale und individuelle Lernbegleitung, Lehrer als Lernbegleiter mit beratender und fördernder Funktion, kein Sitzenbleiben, verbale Beschreibungen anstatt Noten bei der Leistungsbewertung bis zu den Abschlussklassen – diese Schlagworte wurden von Dr. Doll als Vorteile für die Schüler genannt und in der Sitzung ausführlich erläutert.

Die Vorteile für die Eltern sieht man bei der GMS im wohnortnahen Standort und in dem Erlebnis, dass die Stärken samt Selbstverantwortung und Persönlichkeit der Kinder gefördert werden. In regelmäßig stattfindenden Gesprächen werden die Eltern und Kinder über den Leistungs- und Entwicklungsstand informiert.

Eine höhere Arbeitszufriedenheit wird auch bei den Lehrkräften selbst gesehen. Die Möglichkeit, auf Schüler individueller eingehen zu können, mehr Teamarbeit zu entwickeln. Nicht zuletzt werde den Lehrern die Gelegenheit, sich bewusst für die Gemeinschaftsschule zu entscheiden und für diese Schulform zu bewerben.

In ihrem Fazit kommt Dr. Doll zu der Feststellung, dass eine Gemeinschaftsschule mit Standort in Güglingen für das Mittlere und das Obere Zabergäu wichtig ist - auch im Blick auf die immer stärker werdende Konkurrenz-Situation mit den Schulen in umliegenden Gemeinden. „Es ist abzusehen, dass Schüler und Eltern einen Wechsel an einen anderen Schulstandort in Betracht ziehen, wenn sie dort eine Gemeinschaftsschule anstatt einer Werkrealschule besuchen können“, untermauerte sie den Standpunkt der Gesamtlehrerkonferenz der KKS.

Wenn jetzt ein zweigleisiges Vorgehen (ab Schuljahr 2015/2016 Ganztageschule, ab 2016/2017 Gemeinschaftsschule) angestrebt wird, so hat das nachvollziehbare Gründe. Für eine erfolgreiche Antragstellung zum Start der GMS sind nicht nur positive Beschlüsse der Gesamtlehrerkonferenz und des Schulträgers notwendig, sondern in erster Linie ein schlüssiges und ausgewogenes pädagogisches Konzept, das bis Juni 2014 vorzulegen wäre.

An dieser konzeptionellen Arbeit ist die Schulleitung schon seit geraumer Zeit dran. Man will aber keinen Schnellschuss machen, sondern dessen Qualität in den Vordergrund stellen. Deshalb heißt die Devise: erst einmal ab dem Schuljahr 2015/2016 den Ganztagesbetrieb in offener Form bei der Grundschule (freiwillige Teilnahme) und bei der Werkrealschule (gebundene Form) einführen. Hier ist man ebenfalls in der Entwicklungsphase, denkt aber an mehr Bewegungspausen, Hausaufgabenbetreuung und manch anderes mehr. Das pädagogische Konzept soll bis Juni 2015 stehen.

Bei den Beratungen im Güglinger Gemeinderat gab es nicht nur positive Stimmen. Markus Xander, Friedrich Jürgen Kühne und Edgar Bruder standen der vorgeschlagenen Entwicklung eher kritisch gegenüber. Zweifel an der praktischen Umsetzung, an der versprochenen Lehrerversorgung und nicht zuletzt die Konkurrenz vor Ort und unter den Nachbargemeinden wurden genannt.

„Wir wollen keine örtliche Konkurrenz aufbauen, sondern den Schulstandort Güglingen stärken und ausbauen. Hierzu ist es einfach erforderlich, die Schulen zu den Schülern und nicht die Schüler zu den Schulen bringen“, ermunterte Bürgermeister Klaus Dieterich zu einer positiven Abstimmung. Nach seiner Einschätzung wird es eine personelle Entspannung

an der Realschule geben, die er aber nicht nachteilig sieht. Nach diesem Statement trugen die drei FUW-Stadträte den Beschluss aus schulpolitischen Gründen mit.

„Ich hätte nicht gedacht, dass es heute zu einem einstimmigen Beschluss kommt“, freute sich Dr. Doll über diese Abstimmung und wertete sie als Vertrauen in die Arbeit der Katharina-Kepler-Schule. Kritische Anmerkungen sieht sie als Ansporn für kommende Aufgaben.

Jetzt steht das Thema Gemeinschaftsschule bei den Gemeinderäten in Pfaffenhofen und in Zaberfeld auf der Agenda. Für die Katharina-Kepler-Schule ist im Bereich der Werkrealschule der Gemeindeverwaltungsverbandes Oberes Zabergäu Schulträger – und deshalb ist klar, dass die Nachbargemeinden westlich von Güglingen mit zu entscheiden haben, ob die angestrebte Schulform eingeführt wird oder nicht.

Hintergrund

Nicht nur die Gesellschaft ist vielfältiger geworden, sondern auch die Schulwelt. Fachbegriffe konkurrieren mit Abkürzungen – dem Laien fällt es nicht leicht, den Überblick zu behalten, wenn es jetzt darum geht, über Jahrzehnte gewohnte und klar strukturierte Bildungswege mit Grund-, Haupt- Werkreal-, Realschule und Gymnasium verlassen zu wollen und sich auf eine Gemeinschaftsschule als Alternative zu konzentrieren.

Man will jetzt an der Katharina-Kepler-Schule in Güglingen diesen Weg gehen. Von der ersten bis zur zehnten Klasse sollen die Jahrgangsstufen beibehalten werden. Diese Einteilung bleibt nach wie vor die Leitgröße. Allerdings sieht man Vorteile darin, kleinere Lerngruppen auch jahrgangsübergreifend einzuführen, individuelleres Arbeiten mit den Kindern zu ermöglichen.

Bisher war die Lehrerversorgung in den Pflichtfächern garantiert, bei den Freiwilligkeitsleistungen und Arbeitsgruppen aber nicht. Das Pendel bei der sogenannten Kontingent-Stunden-Tafel schlägt aber bei den Lernfächern zu Gunsten der Gemeinschaftsschule aus und zieht eine bessere Lehrerversorgung nach sich.

Wenn die Abschaffung der Grundschulempfehlung dazu geführt hat, die elterliche Entscheidung möglicherweise zu überfordern, dann könnte die Aufwertung von einer „Reste-Schule“ zu einer Gemeinschaftsschule mit individueller Förderung und besseren Abschlussmöglichkeiten ein guter Weg sein. Die zum Teil erst nach Jahren stattfindende „Abschulung“ von der Realschule oder dem Gymnasium und die damit einhergehende Unruhe haben nicht selten zu Frustration samt Störung der Bildungskarriere der Kinder geführt.

Aus diesem Grund will man für die Erreichung des Hauptschulabschlusses neun bis zehn Jahre vorgeben, 10 Jahre für die Realschul-Reife und sich die Option offen halten, die gymnasiale Oberstufe bis zum 13. Schuljahr einführen zu können. Mindestens zweizügiger Unterricht pro Jahrgangsstufe ist dazu Voraussetzung, doch da sieht die Schulleitung auch in Zukunft kein Problem, dieses Kriterium mit den Schülern im Mittleren und Oberen Zabergäu zu erfüllen.